



# Der Freieitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Es ist das für seinen Verbreitungsgebiet beherrschendste deutsche Blatt zur Verwirklichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Reichsbehörden, der Landesgerichte, der Landesregierungen, der Finanzämter, des Hauptstaatsarchivs, der Justizbehörden, der Reichsbehörden und der Reichsbehörden

Hauptpreis: mit 2,40 RM. (einmal 41 Pf. Vierteljährlich 1,20 RM. 48 Pf. Halbjährlich 2,40 RM. einjährig 4,80 RM. Vierteljährlich 1,20 RM. Halbjährlich 2,40 RM. einjährig 4,80 RM. Bei Abnahme in anderer Währung 2 RM. 48 Pf. Vierteljährlich mit Ausnahme der Postgebühren. Bei Nichterhalten infolge höherer Gewalt behält die Redaktion sich die Rückzahlung der Postgebühren über auf Ersatzleistung

Nr. 91. Mittwoch, 1. April 1936

Hauptpreis: 12. auf Postl. Nr. 18. Hauptpreis: am Tage der Erscheinung 15 Pf., 1. d. Sonntagsausgabe Freitag 17 Pf., 1. d. Montagsausgabe Samstag 15 Pf. 30 Pf. Verlag: Neumann-Neudamm Verlag, 1. Gau Sachsen GmbH, Dresden-Neub. 1, Postfach 10. Postfachnummer Dresden 20176. Gehalt: 11-15 Uhr Gebühr: 2. Schriftleitung 11-12 Uhr außer Sonnabends. Herausgeber: Neudamm 20176 u. 25.281

## Brüsseler Konferenz noch vor Ostern?

Ribbentrop überbringt die endgültigen Gegenvorschläge der Reichsregierung an die Locarnomächte

### Deutschlands Vertreter wieder in London

Berlin, 31. März. Botschafter von Ribbentrop und die übrigen Mitglieder der deutschen Abordnung sind am Dienstag um 21.35 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf dem Flugplatz Croydon eingetroffen. Zu ihrer Begrüßung hatten sich der deutsche Botschafter in London, von Goebbels, sowie andere Mitglieder der Botschaft eingefunden. Sie begaben sich sofort nach ihrer Ankunft im Kraftwagen nach London.

Die deutsche Antwortnote auf die Vorschläge der Locarnomächte wird im Laufe des Mittwochvormittags dem englischen Außenminister Eden durch Botschafter von Ribbentrop überreicht werden.

Die Locarnomächte werden sich, wie bereits mehrfach angekündigt, in einer nach Brüssel erbrachten Konferenz eingehend mit der durch die neuen deutschen Vorschläge geschaffenen Situation beschäftigen. Wie aus Paris berichtet wird, soll der französische Botschafter in London am Montag beim englischen Außenamt persönlich geworden sein, um den Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck zu bringen, noch vor Ostern in Brüssel eine Konferenz der Locarnomächte einzuberufen. Offenbar vertritt man sich in Paris hieron eine günstige Beeinflussung der französischen Öffentlichkeit vor den angehenden Wahlen.

Die Spannung, mit der Deutschlands Vorschläge in der ganzen Welt erwartet werden, ist auf allen Seiten unmerklich. Alle theoretischen Erörterungen über Sinn und Zweck der von den Locarnomächten geplanten Generalstaatsverträge treten demgegenüber vollständig in den Hintergrund. Die gesamte Auslandspresse stand am Dienstag nach wie vor unter dem Eindruck des beispiellosen deutschen Wahlergebnisses, dessen außenpolitische Auswirkungen bereits jetzt klar zutage treten. Niemand, auch nicht der mißgünstigsten Kritiker, hat sich der klaren Sprache entziehen können, die das überwältigende Ergebnis der deutschen Volkswahl in nüchternen Endziffern spricht. Jeder ist sich darüber im klaren, daß es keine Regierung der Welt gibt, die in der Lage wäre, eine gleiche Staatsmacht ihres Volkes vorzuweisen. Diese Feststellung führt aber auch zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß der Wahltag Adolf Hitlers eine Befähigung des außenpolitischen Kurzes des nationalsozialistischen Deutschlands darstellt, wie sie offenkundiger und wichtiger nicht zu denken ist.

Zu der englischen Öffentlichkeit erwartet man von den neuen deutschen Vorschlägen, daß sie eine Weiterführung der in London begonnenen Friedensgespräche ermöglichen. Verschiedene englische Blätter fordern bereits — offensichtlich unter dem Eindruck des 29. März — eine vorbehaltlose Einladung Deutschlands zu den Brüsseler Besprechungen. Hierzu ist festzustellen, daß es im Grunde überhaupt keiner neuen deutschen Vorschläge bedarf, um derartige Besprechungen in Gang zu bringen. Adolf Hitler hat am 7. März die Grundlagen derartiger Verhandlungen über einen positiven Ausgleich aller Gegensätze klar und deutlich aufgezeigt, und das deutsche Volk hat am Sonntag bewiesen, daß es das Friedensprogramm seines Führers voll und ganz zu eigen gemacht hat. Die Aufrichtigkeit der wiederholten deutschen Angebote anzuzweifeln, hieße, wie bereits ein großes italienisches Blatt am Montag mit Recht feststellte, die ganze deutsche Nation beleidigen.

Hieron wird man ausgehen müssen, wenn man irgendwelche positiven Ergebnisse erzielen

will. Deutschland hat alles getan und wird auch in Zukunft alles tun, um den Gedanken des Friedens zu stärken. Im übrigen aber verharret es bei der Erklärung, die schon vor Jahresfrist der Führer abgab: „Wir wollen nur ein Ja und nur ein Nein kennen. Für den Frieden jederzeit ein Ja, für die Anerkennung der deutschen Ehre stets ein Nein. Und das muß die Welt wissen: Unser Ja bleibt Ja, und unser Nein bleibt Nein!“

### Das Kabinett billigt den Haushalt 1936

Adolf Hitler dankt dem deutschen Volk für das Wahlbekenntnis

Berlin, 31. März. Das Reichskabinett hielt am Dienstag eine Sitzung ab und beschäftigte sich darin mit dem Reichshaushalt für 1936.

Vorbekanntlich einiger noch nicht definitiv feststehender Positionen wurden die Vorschläge des Reichsfinanzministers, wie sie sich auf Grund der Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts ergeben haben, angenommen, gleichzeitig wurde der Nachtragshaushalt für 1935 genehmigt.

Im Anschluß an diese Beratung gab der Führer eine kurze Darstellung der außenpolitischen Lage und gedachte ferner mit Worten tief gefühlten Dankes des überwältigenden Bekenntnisses des deutschen Volkes zur politischen Führung in Staat und Partei. Der Führer würdigte hierbei die einzigartige organisatorische Leistung des Parteiparates und die unübertreffliche Arbeit der Reichswahlkampfleitung. Die nächste Kabinettsitzung findet nach den Osterferien statt.

### Erfreuliche Folge des Aufschwunges

Invalidentversicherung meldet Vermögenszuwachs von 220 Millionen

Berlin, 31. März. Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1935 ergeben sich bemerkenswerte Folgen des Wirtschaftsaufschwunges für unsere Sozialversicherung.

Die Invalidenversicherung, die in der Krisenzeit vor der Machtübernahme in eine besonders elende Lage geraten war, so daß die Leistungen für unsere Arbeiter in ernsthafter Gefahr waren, meldet einen hervorragenden Stand. Die Gesamtleistungen der Invalidenversicherung betragen 1184,8 Millionen RM. Davon waren 1109 Millionen Leistungen für Renten. Die Beitragseinnahmen des Jahres

1935 lassen, wie das RdZ weiter meldet, eine klare Steigerung erkennen. Sie betragen in den einzelnen Monaten des Vorjahres, so z. B. im Januar 1935, 74,5 Millionen RM. (gegen 58,4 im Januar 1934), im Juli 1935 81,3 (71,3), im Dezember 1935 82 (73,5) Millionen RM. Die Gesamtbeitragsleistungen des Jahres 1935 betragen 945 Millionen RM. und übersteigen damit die des Vorjahres um etwa 102 Millionen RM. Aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, wie sie sich Ende Februar 1936 übersehen lassen, ergibt sich ein Zugang an Vermögen der Invalidenversicherung von etwa 220 Millionen RM.

### Die Italiener besetzen das Sultanat Aussa

Schwieriger Vormarsch durch die Wüste — Auch Gondar vor dem Fall

Sonderbericht für den „Freiheitskampf“ durch den up-Vertreter R. Packard

up Asmara, 31. März. (Eig. Dienst.) Nach einem wochenlangen Marsch durch die Danakil-Wüste besetzten italienische Truppen das ganze Sultanat Aussa, das etwa 330 Kilometer südwestlich von Asaba liegt. Die Truppen wurden bei ihrem Marsch durch 25 Flugzeuge verproviantiert und durch Flugzeuggeschwader gegen feindliche Angriffe geschützt. Die Bevölkerung von Aussa ist größtenteils islamisch und war dem Negus stets feindlich gesinnt. Das Gebiet, das 1896 von Menelik erobert worden war, ist etwa 250 Kilometer breit.

Die Nachricht von der Einnahme Sardos, der besetzten Residenzstadt des Sultans von Aussa, hat selbst in der italienischen Steppe große Lederrollen ausgelöst, da man von dem im geheimen durchgeführten Wüstenmarsch der italienischen Truppen nicht das geringste wußte. Von den eritreischen Häfen Assab und Beilul aus sind zwei Kolonnen in südlicher Richtung auf Sardos vorgezogen und haben sich in ihrem Vormarsch weder durch die abessinischen Kriegerbanden, die sie vor allem durch nächtliche Überfälle aufzuhalten versuchten, noch durch die ungeheure Hitze (bis zu 60 Grad Celsius), noch durch die roten Sand-

kürme in den zu durchquerenden Wüsten beirren lassen. Dabei brachten die bis in große Höhen reichenden Sandwolken selbst die italienischen Flugzeuge in Gefahr, die ihre Aufgabe, die marschierenden Truppen mit Lebensmitteln und Wasser zu versorgen, durch häufige Flüge zur Kälte erfüllten. Zu diesem Zwecke nahmen sie 79 Landungen in der Wüste, also auf unbekanntem Terrain, vor.

Unterstützte militärische Kreise Italiens rechnen mit der unmittelbar bevorstehenden Einnahme Gondars. Aus den letzten Berichten vom nordwestlichen Frontabschnitt, die aus dem italienischen Hauptquartier in Rom eingetroffen sind, geht hervor, daß den italienischen Heeresgruppen nach der Einnahme des bedeutenden Handelszentrums Sotota eine gute Straße nach Gondar offensteht.

Durch eine am Dienstag veröffentlichte Verordnung sind mehrere tausend Reservisten der Luftwaffe einberufen worden, um die Wirkungskraft der italienischen Luftwaffe zu vervollständigen. Zu den Einberufenen gehören u. a. Trainereferve, Offiziere der Jahrgänge 1902 bis 1906 und Unteroffiziere und Mannschaften des Automobilkorps der Jahrgänge 1911 und 1912.

### „Aufstieg“ mit Krach

Von unserem Wiener Mitarbeiter

Der Zusammenbruch der Versicherungsgesellschaft „Phönix“, die allerdings in Wien schon seit längerer Zeit „im Gerde“ stand, hat nicht allein die Regierung vor überaus ernste Probleme gestellt, wie die Fülle von Gesetzen zeigt, die zur Stützung der Gesellschaft erlassen worden mußten, sondern wird aller Voraussicht nach auf die österreichische Gesamtwirtschaft weitreichende nachteilige Folgen haben. Die großzügige Erklärung des österreichischen Finanzministers, daß die Unterdeckung bei der Phönix „höchstens“ 250 Millionen Schilling betrage — als ob das eine Bagatelle wäre — und daß man den Schaden mit einer Jahresleistung von etwa 15 Millionen innerhalb von dreißig Jahren gutmachen könne, täuscht nicht darüber hinweg, daß sich dieser Zusammenbruch abermals — ähnlich wie seinerzeit bei der Creditanstalt — im Herzen des österreichischen Wirtschaftskörpers abgepielt hat. Er ist eine bedauerliche Illustration zu den unentwegten Mitteilungen des Wiener Senders, daß die österreichische Wirtschaft dank der Wirtschaftspolitik der Regierung sich „im stetigen Aufstiege“ befinde.

Die „Phönix“ war, wie sich nun zeigt, mit Unrecht der Stolz der österreichischen Versicherungswirtschaft. Der Finanzminister hat erklärt, daß die Sanierung, über die wir eingehend bereits berichteten, aus den jährlichen Prämienentnahmen verhältnismäßig leicht möglich sein werde, weil sie etwa 200 Mill. im Jahre betragen und weitlich die Sanierungsmaßnahmen auf alle österreichischen Versicherungsgesellschaften erstrecken, die einen Fonds zu bilden haben. Er übersieht dabei offenbar, daß das Vertrauen erschüttert ist, so daß die Prämienentnahmen erheblich zurückgehen werden, und daß ferner auch die anderen Versicherungsgesellschaften aller Voraussicht nach jetzt alle Verluste einstecken werden müssen und überdies einen beträchtlichen Anfall von Geschäften erleiden werden. Als seinerzeit der Staat die Kreditanstalt einlagern garantierte, jubelten die Anleger doch fort, ihr Geld abzuholen, und nicht anders wird es bei der Versicherung sein, wenn auch die Aufhebung der Versicherungsvorteile nicht so einfach ist wie die Verweigerung eines Schecks bei einer Bank. Demnach ist die Befürchtung leider berechtigt, daß der Phönix-Krachs noch weitere Kreise ziehen wird, die für die labile österreichische Wirtschaft überaus gefährlich werden können.

Der Zusammenbruch der Phönix spielt auch auf das Gebiet der Politik hinüber. Man weiß ja, daß der Generaldirektor der „Phönix“, der vor vier Wochen Selbstmord verübt hat, einmal keine Expansionsziele mit unsoliden Mitteln verfolgt hat, dann aber auch eine bedeutende politische Rolle seit der Lanfanner Aneide gespielt hat, wobei er als einer der wichtigsten Berater Federer Dollfuß auf finanziellem Gebiete war. In der Tat hat Berliner, der Jude war und darum schon jedes Mittel für recht hielt, um die nationale Opposition in Österreich niederzuschlagen und Emigranten zu unterstützen (bekanntlich auch deren Prager Zentrale!), nicht selten seine Kräfte für politische Zwecke geöffnet, wenn es galt, die Regierung oder ihr nachstehende Gruppen aus Verlegenheiten zu befreien. („Der Freiheitskampf“ hat über diese „Politik“ des Juden Berliner bereits vor kurzem sehr ausführlich berichten können.) Auch an der Unterbringung von Emigranten dürfte sich die „Phönix“ in größerem Maße beteiligt haben,